Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente 2
Einladung Fragestunde Rat 2
Vorlagendokumente 4
TOP Ö 1 Anfrage von Ratsherrn Joachim Schollmeyer (Bündnis 90 / Die Grünen) vom 13.02.19 betreffend die Gewährung existenzsichernder Leistungen ab dem 01.01.2020 für Menschen mit Behinderung, die in stationären Wohnangeboten leben 4
Anfrage von Ratsherrn Joachim Schollmeyer (Bündnis 90 / Die Grünen) vom 13.02.2019 betreffend die Gewährung existenzsichernder Leistungen ab dem 01.01.2020 für Menschen mit Behinderung, die in stationären Wohnangeboten leben AF/0099/2019 4
TOP Ö 2 Anfrage der Ratsfrauen M. Koch, B. Formanski, U. Krupp sowie den Ratsherren D. Danz, J. Steig und Dr. Wilmers (SPD-Fraktion) vom 15.03.2019 zur Verkehrsuntersuchung Pallotti-Areal 5
Anfrage der Ratsfrauen M. Koch, B. Formanski, U. Krupp sowie den Ratsherren D. Danz, J. Steig und Dr. Wilmers (SPD-Fraktion) vom 15.03.2019 zur Verkehrsuntersuchung Pallotti-Areal AF/0101/2019 5
TOP Ö 3 Anfrage von Ratsherrn Georg Schragen (CDU) vom 15.03.2019 zur Sanierung von Wirtschaftswegen im Bereich der ehemaligen Gemeinde Neukirchendurch Aufbringen einer neuen Tragdeckschicht 7
Anfrage von Ratsherrn Georg Schragen (CDU) vom 15.03.2019 zur Sanierung von Wirtschaftswegen im Bereich der ehemaligen Gemeinde Neukirchendurch Aufbringen einer neuen Tragdeckschicht AF/0100/2019 7

Der Bürgermeister

Rheinbach, 18.03.2019

Einladung

zur 10/22. Fragestunde des Rates der Stadt Rheinbach

Zu der vorbezeichneten Fragestunde lade ich hiermit ein.

Termin: **Montag, 01.04.2019, 17:30 Uhr**

Ort: **Ratssaal, Himmeroder Hof, Himmeroder Wall 6, 53359 Rheinbach**

Den Inhalt bitte ich der beigefügten Tagesordnung zu entnehmen.

gez. Stefan Raetz
Vorsitzender

T a g e s o r d n u n g

zur Fragestunde des Rates
am Montag, 01.04.2019

TO-Punkt	Anfrage	Vorlagen-Nr.
A)	**ÖFFENTLICHE SITZUNG**	
1	Anfrage von Ratsherrn Joachim Schollmeyer (Bündnis 90 / Die Grünen) vom 13.02.19 betreffend die Gewährung existenzsichernder Leistungen ab dem 01.01.2020 für Menschen mit Behinderung, die in stationären Wohnangeboten leben	AF/0099/2019
2	Anfrage der Ratsfrauen M. Koch, B. Formanski, U. Krupp sowie den Ratsherren D. Danz, J. Steig und Dr. Wilmers (SPD-Fraktion) vom 15.03.2019 zur Verkehrsuntersuchung Pallotti-Areal	AF/0101/2019
3	Anfrage von Ratsherrn Georg Schragen (CDU) vom 15.03.2019 zur Sanierung von Wirtschaftswegen im Bereich der ehemaligen Gemeinde Neukirchendurch Aufbringen einer neuen Tragdeckschicht	AF/0100/2019

TOP Ö 1

Joachim Schollmeyer
Meisenweg 16
53359 Rheinbach
Mitglied des Rates der Stadt Rheinbach

An den
Bürgermeister der Stadt Rheinbach
Herrn Stefan Raetz
Schweigelstrasse 23
53359 Rheinbach

den 13. Februar 2019

Anfrage betreffend die Gewährung existenzsichernder Leistungen ab 1.1.2020 für Menschen mit Behinderung, die in stationären Wohnangeboten leben

Sehr geehrter Raetz,
ab dem 1.1.2020 gehen die so genannten existenzsichernden Leistungen für Menschen mit Behinderungen, die in stationären Wohnangeboten leben, in die Zuständigkeit der örtlichen Träger über. Die Leistungsberechtigten müssen vor Ort zeitgerecht einen Antrag auf Grundsicherung stellen, damit die Kosten der Unterkunft ab dem 1.1.2020 durch den Grundsicherungsträger gedeckt werden können.

In diesem Zusammenhang bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Menschen leben zurzeit in Rheinbach in stationären Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe und werden voraussichtlich einen Antrag auf Grundsicherung stellen?

2. Inwieweit ist die Verwaltung auf die Bearbeitung der zusätzlichen Anträge in 2019 personell vorbereitet?

3. Als angemessen gelten die Kosten der Unterkunft, wenn sie die durchschnittliche Warmmiete eines Einpersonenhaushaltes im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Sozialhilfeträgers nicht oder unter bestimmten Voraussetzungen um nicht mehr als 25% übersteigen (§ 42 a, Abs. 5-7 SGB XII ab 01.01.2020). In welcher Weise wird die Höhe der Vergleichsmiete festgestellt und wie hoch ist dieser Betrag?

4. In welcher Form und wann wird die Verwaltung Menschen mit Behinderung, Wohnheim-Leitungen oder gesetzliche Betreuer*innen der betroffenen Menschen mit Behinderung aktiv über die geänderte Gesetzeslage und die erforderliche Antragstellung informieren?

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Schollmeyer (Fraktionssprecher)

TOP Ö 2

Besser für Rheinbach SPD

SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Rheinbach

Stadt Rheinbach
Herrn Bürgermeister
Stefan Raetz
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

Martina Koch
Dietmar Danz
Birgit Formanski
Ute Krupp
Joachim Steig
Dr. Georg Wilmers

Rheinbach, 15. März 2019

Anfrage zur Fragestunde des Rates am 1. April 2019

- **Verkehrsuntersuchung Pallotti-Areal**

Sehr geehrter Herr Raetz,

in der Ratssitzung am 28.01.2019 teilten Sie beiläufig mit, dass eine Verkehrsuntersuchung zum Pallotti-Areal bereits in Auftrag gegeben worden sei. Im Nachgang stellte sich heraus, dass die Verkehrsuntersuchung nicht von der Verwaltung, sondern vom Käufer, der Teile des Pallotti-Areals erworben hat, beauftragt worden ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde der Untersuchungsauftrag mit dem Bürgermeister oder der Stadtverwaltung abgestimmt?

2. Soll die Untersuchung die mikroskopische Verkehrsflusssimulation darstellen oder ersetzen, wie sie im Masterplan Innenstadt für den Knotenpunkt Vor dem Voigtstor / Pallottistraße zusammen mit benachbarten Knotenpunkten vorgesehen ist?

3. Sind die in der Masterplanung Innenstadt aufgelisteten Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsablaufs am Knotenpunkt Vor dem Voigtstor / Pallottistraße, die im Zuge der weiteren Planungen vertieft werden sollen, Gegenstand der Untersuchung und sollen als Ergebnis der Untersuchung Empfehlungen in Bezug auf dieses Maßnahmen ausgesprochen werden?

4. Sind auch der Verkehrsknotenpunkt Pallottistraße / Stadtpark / Neugartenstraße und eine im Masterplan Innenstadt angedachte zusätzliche Anbindung des Pallotti-Areals an die Schützenstraße Gegenstand der Untersuchung?

5. Ist als Ergebnis der Untersuchung eine Aussage zu erwarten, wie viel zusätzlicher Autoverkehr durch eine zukünftige Nutzung des Pallotti-Areals durch die umliegenden Straßen in ausreichender oder gar in befriedigender Verkehrsqualität verkraftet werden kann?

6. Wann sollen der Untersuchungsauftrag und wann das Untersuchungsergebnis dem Rat bzw. dem Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr (SUPV) bekannt gegeben werden?

7. In der SUPV-Sitzung am 08.01.2019 wurde von den Investoren des geplanten Jugendmedizinischen Zentrums angekündigt, eine Verkehrsuntersuchung zu dem durch das Jugendmedizinische Zentrum zu erwartenden Verkehr in Auftrag zu geben. Ist dem Bürgermeister bekannt, ob diese Verkehrsuntersuchung tatsächlich beauftragt wurde?

8. Falls diese Verkehrsuntersuchung tatsächlich beauftragt wurde, wurde sie mit dem Bürgermeister bzw. mit der Verwaltung abgestimmt?

9. Was ist ggfls. konkret Gegenstand dieser Verkehrsuntersuchung?

10. Ist dem Bürgermeister bekannt, ob diese Verkehrsuntersuchung mit der Verkehrsuntersuchung abgestimmt wurde oder wird, die der Käufer der übrigen Teile des Pallotti-Areals in Auftrag gegeben hat?

11. Beabsichtigt der Bürgermeister, eine eigene Verkehrsuntersuchung der Stadt durchzuführen oder in Auftrag zu geben, die auch die Verkehrsanbindung des Pallotti-Areals behandelt, so wie es im Masterplan Innenstadt vorgesehen ist („Dies geschieht bei der Erstellung des Verkehrskonzeptes.“ S. 52 des Masterplans).

12. Teilt der Bürgermeister die Auffassung, dass die Ergebnisse einer von der Stadt durchgeführten oder beauftragten Verkehrsuntersuchung für das Pallotti-Areal eine größere Akzeptanz bei möglicherweise betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erwarten lässt als eine Verkehrsuntersuchung Privater, die nicht in erster Linie Gemeinwohlinteressen, sondern ihren Privatinteressen verpflichtet ist?

Mit freundlichen Grüßen

Martina Koch
Vorsitzende der SPD-Fraktion

Dietmar Danz
Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion

Gez.	Gez.	Gez.	Gez.
Birgit Formanski Ratsfrau	Ute Krupp Ratsfrau	Joachim Steig Ratsherr	Dr. Georg Wilmers Ratsherr

TOP Ö 3

Georg Peter Schragen

Mitglied der CDU-Fraktion im Rat der der Stadt Rheinbach

Georg P. Schragen, Hüttenstraße 9, 53359 Rhb.-Neukirchen

Bürgermeister der Stadt Rheinbach
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

15.03.2019

Sanierung von Wirtschaftswegen im Bereich der ehemaligen Gemeinde Neukirchen durch Aufbringen einer neuen Tragdeckschicht
hier: Wirtschaftsweg von Nussbaum zum Eschenfeld

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen in der Fragestunde der nächsten Ratssitzung:

1. Wann wurde der o.g. Wirtschaftsweg erstmals asphaltiert?
2. Wurde die Tragdeckschicht in der Folgezeit schon einmal komplett erneuert?
3. Wenn nicht, welche Reparaturen/Ausbesserungen wurden in der Vergangenheit durchgeführt?
4. Welche Kostenpflicht wurde ggfs. dadurch in der Vergangenheit ausgelöst?
5. Wurde vor und nach dem Ausbau der Ortsdurchfahrt Neukirchen ein Beweis-sicherungsverfahren bezüglich der Beschaffenheit des Wirtschaftsweges durchgeführt?
   (In der über 12 monatigen Ausbauphase der Ortsdurchfahrt Neukirchen (L 113) diente der Wirtschaftsweg bis Eschenfeld offiziell als Umleitungsstrecke.)

6. Wenn nicht, warum nicht?
7. Wenn ja, wurden Schäden festgestellt und wie erfolgte ggfs. die Reparatur, punktuell oder abschnittsweise?
8. Ist der Verwaltung bekannt, dass der Wirtschaftsweg Eschenfeld – Vogelsang regelmäßig von Fahrzeugen der RSAG befahren wird?
9. Wer entscheidet über Reparatur/Ausbesserung bzw. über die Erneuerung von asphaltierten Wirtschaftswegen?
10. Welche Kriterien sind Grundlage einer solchen Entscheidung?
11. Wann werden die betroffenen Grundstückseigentümer(-innen) hierüber informiert?
12. Aufgrund welcher Kriterien tritt bei einer Sanierung von Wirtschaftswegen die Beitragspflicht nach § 8 KAG NW ein?
13. Wie viele Wirtschaftswege wurden in den vergangenen und dieser Wahlperiode in Rheinbach saniert und nach § 8 KAG NW abgerechnet?

Mit freundlichen Grüßen
Georg Peter Schragen

Ohne Unterschrift gültig da mit elektronischer Post versandt.